



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2021-2024

Dienstag, 29. Juni 2021, 18.00 – 19.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Matthias Ebner (FLiG)

Anwesend 27 Mitglieder

Entschuldigt
Alois Künzle (SVP)
Patrik Mauchle (CVP)
Roger Pfister (CVP)

Anwesend Stadtrat 5 Mitglieder

Traktanden

- 01 Stadträtin Claudia Martin; Wahl Kantonsratspräsidentin; Ehrung
- 02 Informatik Volksschule; Anschaffung 1zu1-Geräte
- 03 Sana Fürstenland AG; Beitrag 2021 wegen Covid-19 Pandemie; Einsetzung VBK
- 04 Interpellation Markus Bernhardsgrütter (CVP), Matthias Ebner (FLiG), Thomas Jung (SVP), Alois Künzle (SVP), Thomas Künzle (SVP) und Florin Scherrer (CVP); «Fussgängerstreifen Höhe Freihof»
- 05 Neue Vorstösse

01**Stadträtin Claudia Martin; Wahl Kantonsratspräsidentin; Ehrung**

Stadträtin Claudia Martin wurde am 7. Juni 2021 mit 109 von 112 gültigen Stimmen zur St. Galler Kantonsratspräsidentin für die Amtsdauer 2021/2022 gewählt.

Matthias Ebnetter (FLiG) gratuliert Stadträtin Claudia Martin zur Wahl. Zur Ehrung wird der Film über Stadträtin Claudia Martin gezeigt.

Markus Rosenberger (SVP) richtet seine Gratulation und Laudatio an Stadträtin Claudia Martin und sagt, dass die Ortspartei viel Stolz bei ihrer Wahl empfunden hat. Schon früh war Stadträtin Claudia Martin politisch interessiert. Niemand geringeres als Alt-Nationalrat Toni Brunner war es, der sie im Jahr 2003 bei einem Gespräch an der OLMA am Schützengarten-Stand für die SVP gewinnen konnte. Als Newcomerin auf der Gossauer SVP-Liste schaffte sie es im Jahr 2005 ins Stadtparlament und wurde bereits ein Jahr später zur höchsten Gossauerin gewählt. Nach dem Präsidialjahr führte sie von 2007 bis 2013 die SVP-Fraktion, notabene als einzige weibliche Person. Während ihrer Amtszeit haben sich die Sitze der SVP im Stadtparlament von sieben auf neun erhöht. Als Fraktionspräsidentin war es ihr immer ein grosses Anliegen, den Austausch mit den anderen Parteien zu pflegen. Durch ihre natürliche und unkomplizierte Art und ihr kompetentes und dossiersicheres Auftreten konnte sie sich rasch ein grosses Netzwerk aufbauen. Nach dem Rücktritt von Stefan Lehnerr im Jahr 2017 stellte sie sich für die Ersatzwahl in den Stadtrat zur Verfügung. Die Nominationsversammlung war reine Formsache und die Wahl im ersten Wahlgang ein weiteres Indiz dafür, dass sie weit über die Parteigrenzen hinaus ihre Anhänger hat. In ihrer Funktion als Stadträtin und Vorsteherin des Departements Versorgung und Sicherheit und mit ihrer offenen Kommunikation und ihrem engagierten Vorgehen hat sie die Stadtwerke wieder auf Kurs gebracht. Die Gossauerinnen und Gossauer sind stolz, nach über 50 Jahren die höchste St. Gallerin zu stellen. Die Ortspartei wird sie gerne auf ihrem Weg begleiten.

02**Informatik Volksschule; Anschaffung 1zu1-Geräte**

Grundlage ist der Bericht und Antrag Stadtrat vom 1. April 2021 mit folgendem Antrag:

Für die Anschaffung von 1zu1-Geräten für die Schülerinnen und Schüler ab der 5. Primarklasse der Volksschule Gossau wird ein Kredit von CHF 931'950 inkl. MWST gewährt.

Die VBK stellt am 31. Mai 2021 den identischen Antrag.

Eintretensdiskussion

Stefan Harder (FLiG) hat als Präsident der VBK den Fokus auf folgende Fragestellungen gelegt: Ist die VBK damit einverstanden, dass für jede Schülerin bzw. jeden Schüler ab der 5. Klasse ein persönliches Gerät beschafft wird? Welcher Gerätetyp soll beschafft werden? Für alle nur Tablets (gemäss Antrag) oder ab der Sekundarschule Laptops so wie das der Kanton Schwyz empfiehlt? Wie hoch soll der Kredit dafür sein? Die Rolle des Parlamentes ist einzig und allein darüber zu entscheiden, ob ein Kredit für die Beschaffung von IT Geräten bewilligt werden soll und wenn ja, in welcher Höhe. Es ist nicht die Rolle des Parlamentes, darüber zu entscheiden, wie und ab welcher Stufe die Geräte eingesetzt werden, ob sie mit nach Hause genommen werden sollen, dürfen, müssen, und es ist auch nicht die Aufgabe des Parlamentes zu bestimmen, welche Geräte beschafft werden. Das ist Sache des Schulrates bzw. der Fachleute aus der IT und der Medienpädagogik. Am Anfang war die VBK der Meinung, dass man für die Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe anstelle von Tablets Laptops beschaffen sollte. Aufgrund einer eingehenden Auflistung von allen Vor- und Nachteilen konnte die VBK aber davon überzeugt werden, dass der Antrag der Schule zielführend ist. Wenn man von einer fünfjährigen Lebensdauer der Geräte ausgeht, kostet ein Tablet für fünf Jahre pro Schüler CHF 850.–, ein Laptop je nach Marke zwischen CHF 1'250.– und CHF 1'750.–. Anders ausgedrückt, soll pro Jahr pro Schüler CHF 170.– investiert werden. Darin

sind alle Kosten eingerechnet. Die VBK stellt sich jedoch die Frage, ob die Geräte schon ab der 5. Klasse für den Heimgebrauch abgegeben werden müssen. Die Beschaffung von 1zu1-Geräten heisst nicht automatisch, dass die Geräte mit nach Hause genommen werden müssen. Die VBK hat mit 4 Ja-Stimmen und einer 1 Enthaltung beschlossen, dass sie den Antrag des Stadtrates vom 1. April 2021 unterstützt.

Kurt Jau (SVP) sagt, der IT-Verantwortliche der Stadt Gossau, Patrik Fischer, konnte der VBK versichern, dass betreffend Infrastruktur keine zusätzlichen Kosten anfallen werden. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag, damit sich die Schülerinnen und Schüler die neuen Lernmethoden mit elektronischen Geräten aneignen können und so optimal auf weiterführende Schulen resp. Berufsschulen vorbereitet werden.

Norbert Hug (CVP) stellt fest, dass die VBK die Anschaffung breit diskutiert hat. Die Antworten der Fachleute waren sehr fundiert und haben die VBK überzeugt. Die Anschaffung der 1zu1-Geräte erachtet die VBK als zeitgemäss und zukunftsorientiert. Die VBK ist erfreut, dass der Bildungsplatz Gossau mit diesem Projekt weiter attraktiv, leistungsorientiert und zielgerichtet ausgerichtet wird und den Anforderungen der weiterführenden Schulen entspricht. Die CVP Gossau-Arnegg ist einstimmig für Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Erwin Sutter (FLiG) sagt, vor gut einem Jahr wurde die Politbox im Parlament festgelegt. Die Kerngruppe der Politbox hat sich Gedanken gemacht, in welcher Form ihre Stimme ins Parlament gebracht werden kann. Gerne werde er heute ihre Stimme im Parlament vorbringen. Die Digitalisierung nimmt unausweichlich ihrem Lauf, weshalb eine optimale Ausbildung in diesem Bereich das A und O für den weiteren Bildungsweg ist. Unsere Generation wächst mit den Medien auf und aus eigener Erfahrung können wir Jugendlichen sagen, dass der richtige Umgang damit früh geübt werden sollte. Die Schule bietet einen geschützten Rahmen, um die positiven und negativen Aspekte der digitalen Welt kennen zu lernen. Mit der 1zu1-Ausrüstung der Schülerinnen und Schüler werden nicht nur die Technik und Medien im Unterricht eingeführt, sondern auch das Verantwortungs- und Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler gestärkt. Die Politbox spricht sich für die Anschaffung der 1zu1-Geräte aus.

Itta Loher (SP) anerkennt, dass sich die VBK nach einigem Zaudern auch auf eine pädagogische und gesundheitliche Diskussion eingelassen hat. Inwiefern digitale Medien das Aneignen von Grundwissen erleichtern, ist eine Frage, die sich nur schwer beantworten lässt. Das Parlament entscheidet heute nicht nur über einen Kredit, sondern über die Art und Weise, wie in der Volksschule Gossau künftig praktiziert wird. Die geplante 1zu1-Strategie bedeutet einen Paradigmawechsel in der Medien- und Informatikausbildung der Volksschule. Solange es keine abschliessenden Ergebnisse über die Wirksamkeit der eingesetzten Geräte und die Auswirkung der Digitalisierung auf das kindliche Gehirn gibt, sollte in einem ersten Schritt ausschliesslich die Oberstufe mit persönlichen Geräten ausgestattet werden. Die SP unterstützt die Forderung der VBK, dass die Eltern befähigt werden sollten, Zeitbegrenzungen und Filterschutz zu installieren, damit die tägliche Bildschirmzeit von einer Stunde nicht überschritten wird. Die SP ist dafür, eine Million für die Bildung auszugeben, aber unter Einhaltung möglichst vieler gesundheitlicher und pädagogischer Aspekte.

Silvia Galli Aepli (FDP) hat sich in der VBK vertieft mit der Vorlage auseinandergesetzt. Das Thema, ob man die Digitalisierung derart vorantreiben möchte, polarisiert und ist ein gesellschaftliches Problem. Das vergangene Jahr der Pandemie hat aufgezeigt, dass die Digitalisierung auch ihre guten Seiten hat. Bei der Abgabe von 1zu1-Geräten in der Volksschule steht selbstverständlich ein verantwortungsbewusster und angeleiteter Umgang mit den digitalen Medien im Vordergrund. Die Schülerinnen und Schüler lernen für die künftigen Anforderungen der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Der Schul- und der Stadtrat haben sich aus verschiedenen Gründen für die Anschaffung der 1zu1-Geräte ausgesprochen. Ob die Geräte bereits ab der 5. Klasse nach Hause mitgenommen werden und welche Applikationen darauf installiert werden sollen, ist Sache der Schule und der Medienpädagogen. Die FDP-Fraktion bittet um Unterstützung der Vorlage.

Werner Bischofberger (SP) fragt, was ist mit Politbox los? Erfreut hört er, dass die Politbox Stellung bezogen hat und diese den Weg ins Parlament gefunden hat.

Schulpräsident Stefan Rindlisbacher bestätigt, dass die Schule einen Kampf führt. Wenn damit gemeint ist, dass die Inhalte des Lehrplans Volksschule St. Gallen das Resultat aus ein sich Gegeneinander-Reiben von gesellschaftlichen und schulischen Ansprüchen ist, dann stimmt das wohl. Die Frage ist, welchen Beitrag die Schule leisten kann, um der rasanten Strömung der Digitalisierung etwas entgegenzuhalten. Nicht Entgegenhalten im Sinn von Aufhalten, sondern im Sinn von Handreichen und Verantwortung übernehmen. Ein Teil davon ist, die Kinder medienmündig zu machen, damit sie mit den digitalen Anforderungen umgehen können. Die Medienbildung muss langsam erfolgen. Dazu braucht es Anleitung von Lehrpersonen und Medienpädagogen, die das Kind und nicht die Technik ins Zentrum stellen. Ein Paradigmawechsel hat stattgefunden, weil im digitalen Unterricht nicht das Gerät, sondern wie im Unterricht generell, die Lerninhalte zentral sind und durch die Geräte lediglich unterstützt werden. Die Schule muss den Ball der Digitalisierung aufnehmen und bestmöglich umsetzen und so die Kinder befähigen, mit den gesellschaftlichen digitalen Tatsachen vernünftig umzugehen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung gutgeheissen.

03

Sana Fürstenland AG; Beitrag 2021 wegen Covid-19 Pandemie; Einsetzung VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 20. Mai 2021. Das Präsidium schlägt die Einsetzung einer Vorberatenden Kommission vor. Für diese liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Gallus Hälgi	SVP	Präsident
Birgit Frei-Urscheler	CVP	Mitglied
Monika Gähwiler-Brändle	SP	Mitglied
Elmar Hardegger	CVP	Mitglied
Stefan Harder	FLiG	Mitglied
Kathrin Moser	FDP	Mitglied
Andreas Oberholzer	SVP	Mitglied

Abstimmung

Der Präsident und die Mitglieder werden einstimmig gewählt.

04

Interpellation «Fussgängerstreifen Höhe Freihof»; Antwort

Markus Bernhardsgrütter (CVP), Matthias Ebner (FLiG), Thomas Jung (SVP), Alois Künzle (SVP), Thomas Künzle (SVP) und Florin Scherrer (CVP) reichten am 6. September 2020 mit 21 Mitunterzeichnenden die Interpellation «Fussgängerstreifen Höhe Freihof» ein. Der Stadtrat hat diese am 29. April 2021 beantwortet.

Markus Bernhardsgrütter (CVP) gibt zu Protokoll, dass mit dem Sommer und den Corona-Lockerungen wieder Menschen in die Restaurants strömen. So auch beim Restaurant Freihof im Niederdorf. Die Gäste parkieren ihre Autos unter anderem auf der Südseite des Restaurants und huschen über die Flawilerstrasse zum Eingang. Die Sicherheit der Fussgänger ist nicht nur den Interpellanten, Anwohnern und der IG Niederdorf, sondern auch dem Stadtrat ein grosses Anliegen. Am Montag, 21. Juni 2021, fand ein Augenschein mit Vertretern des Kantons statt. Plausibel erklärte der Vertreter der Kantonspolizei die Problematik um den Fussgängerstreifen Freihof. Im Jahr 2012 wurden im Rahmen einer kantonalen Fussgängerüberprüfung nur 17 Überquerungen auf Höhe Freihof gezählt; 100 Personen hätten es sein müssen, um einen Fussgängerstreifen zu rechtfertigen. Dies verwundert nicht, wenn man die Zeiten, zu denen die Zählungen stattfanden, beachtet: Dienstag-Morgen und Donnerstag-Abend. Das Resultat der neu in Auftrag gegebenen Messung wird mit Spannung erwartet. Vom Ent-

scheid betroffen sind nicht nur Gäste, sondern auch Fussgänger, Schulkinder und Wanderer sowie viele mehr. Es wird eine Diskussion gewünscht.

Der Diskussion wird mit mehr als 10 Ja-Stimmen zugestimmt.

Werner Bischofberger (SP) sagt, selbstverständlich gehört ein Fussgängerstreifen auf Höhe des Freihofs. Entlang der Flawilerstrasse braucht es nicht einen, sondern vier Fussgängerstreifen. Als Beispiel dient die Bischofszellerstrasse mit fünf Übergängen bis zur Autobahnbrücke. Die Flawilerstrasse verfügt nur südseitig über ein Trottoir. Um als Fussgängerin oder Fussgänger vom Freihof ins Mädertal zu gelangen, muss die Flawilerstrasse zweimal überquert werden. Fussgängern muss der korrekte Weg aufgezeigt werden. Dies kann mittels Fussgängerstreifen geschehen.

05

Neue Vorstösse

Der Präsident orientiert über folgenden eingegangenen Vorstoss:

— Einfache Anfrage Florin Scherrer (CVP) «Aktionsplan Massnahmen zur Förderung der Biodiversität»

Der Präsident



Matthias Ebner

Die Stadtschreiberin



Beatrice Kempf

Die Mitglieder des Parlamentes und des Stadtrates treffen sich anschliessend im Restaurant Freihof, Gossau, um die Wahlen von Matthias Ebner (Präsident Stadtparlament) und Stadträtin Claudia Martin (Kantonsratspräsidentin) sowie das 20-jährige Bestehen des Stadtparlamentes zu feiern (geschlossene Gesellschaft).

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 12. Juli 2021 genehmigt.